

27/X. 1915

406

Erfüllung und Wahrung des Kindeswohlstandes
Wolkstein

Erhaltung und Kräftigung des Nachwuchses.

Säuglings- und Kleinkindesalter behandelte Kabinettsrat a. D. Dr. v. Behr-Pinnow-Berlin. Er untersuchte die Gründe der hohen Säuglingssterblichkeit und bezeichnete als solche vor allem die unnatürliche Ernährung, falsche Pflegemaßnahmen sowie schlechte und unsaubere Wohnungen. Er besprach auch den Einfluß des Krieges, der sich nachweisbar bei dem Bedeuten der jüngsten Kinder recht ungünstig geltend machte trotz des guten Wirkens der Reichswochenhilfe und des Stillgeldes. Er wandte sich weiter gegen das Uebel des Ammenwesens, schilderte den ungünstigen Einfluß einer falschen beruflichen Tätigkeit der Frauen und hob als Mittel für die gesunde Erziehung unseres Nachwuchses eine tüchtige Vorbereitung der weiblichen Jugend auf ihren Hauptberuf als Hausfrau und Mutter und die Einführung einer allgemeinen Mutterschaftsversicherung hervor. Alles, was auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge als praktisch und durchführbar erkannt ist, muß gefeßlich eingeführt und zum Gemeingut des Volkes gemacht werden.

Professor Dr. Hecker-München führte aus, daß die Maßnahmen für das Kleinkindesalter noch sehr im Urgen liegen. Der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit ist auch ein Kampf um hohe leibliche und geistige Güter der Nation. Der Krieg hat in den Säuglingsstuh zunächst störend eingegriffen, und deshalb ging die Säuglingssterblichkeit im August, September und Oktober 1914 überall rapid in die Höhe. Andererseits brachte der Krieg auch eine erhebliche Zunahme des Interesses bei der Allgemeinheit und den Behörden. Die Schaffung der Kriegs- und der Reichswochenhilfe brachten vor allem eine Wiederaufnahme der Stilltätigkeit wegen des todenden Reichstillgeldes, eine Besserstellung der unehelichen Kinder und damit schließlich auch eine Minderung der Säuglingssterblichkeit. So erlebte München vom November 1914 ab ein Sinken der Säuglingssterblichkeit wie nie zuvor. Dieser Weg zur Erhaltung und Kräftigung des Nachwuchses muß nach dem Kriege weiter ausgebaut werden. Wir erstreben eine durch die verschiedenen Altersperioden gehende lückenlose Kinderfürsorge, an die sich dann die Schulhygiene anzuschließen hat. Die Kosten der Fürsorge müssen von der Allgemeinheit getragen werden, denn es handelt sich um eine staatliche Angelegenheit von höchstem Interesse. Man sollte Wohlfahrtssteuern von den Kinderparern, den Ledigen und den kinderarmen Ehepaaren nehmen.

Über das schulpflichtige Alter sprach Schularzt Dr. Lewandowski-Berlin, der die Schulhygiene als den Mittelpunkt der gesamten Wohlfahrtspflege bezeichnete. Sie bedarf dringend des Ausbaus und der weiteren Entwicklung. Vor allem müssen auch in den kleinsten Städten und auf dem Lande Schularzte angestellt werden. Der Vorwurf, die Schularzte trieben vorzugsweise Gendstatistik, ist unberechtigt. Auch die Einstellung

von Schulschwestern, die einen Zusammenhang zwischen Schule, Haus und Arzt herstellen, wäre erwägenswert. Für das wichtige Gebiet der Schulhygiene muß an den Universitäten durch einen besonderen Unterricht ein ausreichender Stab von Ärzten herangebildet werden.

Stadtrat Geh. Sanitätsrat Dr. Gottstein-Charlottenburg hält die Gesundheitsfürsorge für die schulentlassene Jugend für noch wichtiger als die für die Schulentlassene, denn nach der Schulentlassung wird der Gesundheitszustand schlechter, und die Sterblichkeit steigt steil an. Besonders wichtig ist in diesem Lebensalter die Zunahme der Tuberkulose als Todesursache. Dafür gibt es einmal biologische Gründe, vor allem aber kommen der Eintritt in den Beruf, die Loslösung von der Familie und sittliche Gefahren in Betracht. Als Schutzmaßnahmen kommen für die männliche Jugend in Betracht Schutzvorschriften der Gewerbeordnung, die Tätigkeit der Krankentassen und die planmäßige Gesundheitsüberwachung in den Fortbildungsschulen durch Schularzte. — Frau Direktor Deutsch-Charlottenburg: Der Krieg hat gezeigt, daß die deutsche Frau in allen hauswirtschaftlichen Angelegenheiten nicht die Fertigkeit besitzt, wie sie die Not der Zeit erforderte. Dagegen zeigte sie sich auf den Gebieten der Erwerbs- und Berufsarbeit auch höheren Anforderungen gewachsen. Die kommenden Zeiten werden an die Berufsleistung der Frau keine geringeren Anforderungen stellen. In erhöhtem Maße aber wird sich als Damm gegen die von Osten drohende Gefahr die Notwendigkeit erweisen, die Frau für den Beruf als Mutter und Hausfrau heranzubilden. Es muß dies auf eine die gesamte weibliche Jugend umfassende Weise geschehen. Durch Reichsgesetz sollte eine Hausfrauen- und Mutterschule geschaffen werden, die alle Aufgaben der Jugendpflege in ihren Lehrplan aufzunehmen hat.

Die weiteren Verhandlungen wurden in vorgerückter Abendstunde auf Mittwoch vormittag vertagt.